

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO;
Robert Schön - AfD**

Die Vorsitzende weist das neue Ratsmitglied Robert Schön (AfD-Fraktion – als Nachfolger für Frank Hasenöhr) auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

Die entsprechend § 30 GemO vorgesehene Verpflichtung auf die Einhaltung dieser Regeln durch Handschlag muss in Zeiten der Corona-Hygiene- und Abstandsregelungen verzichtet werden; sie wird laut Vorsitzender, wie in der vergangenen Sitzung, durch ein „freundliches Lächeln“ ersetzt.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen, Anregungen oder Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Verkehrszeichen "Grünpfeil";
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.06.2020
[Vorlage: 0347/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Nach Einleitung durch Herrn Dr. Wilke berichtet Frau Beigeordnete Münch-Weinmann folgendes Ergebnis zum Prüfauftrag der CDU-Fraktion:

Bereits in 2009 wurden alle Kreuzungen in Speyer von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Unfallkommission auf die Einrichtung der Grünpfeilregelung hin überprüft. Grundsätzlich wurde hier die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer vor die Leichtigkeit des Verkehrsflusses gestellt, weshalb in Speyer keine Grünpfeilregelung angeordnet wurde.

Grundsätzlich soll der Grünpfeil den Verkehrsfluss verbessern und unnötige Wartezeiten an der Ampel reduzieren. Dies setzt allerdings voraus, dass die Verkehrsteilnehmer die Grünpfeil Regeln verstehen und auch anwenden.

Laut einer Studie der Unfallforschung der Versicherer (UDV) verstoßen mehr als zwei Drittel der Autofahrer gegen die Haltepflicht an der Haltelinie. Kollisionen mit dem Vorfahrtsverkehr sind die Folge. Viele Kommunen schafften den Grünpfeil daher wieder ab, weil der Nutzen zu gering und die Unfallgefahr zu hoch ist.

Die Zeit- und die Kraftstoffersparnis durch Grünpfeile sind überschaubar. Hingegen steigt das Risiko von Unfällen mit Fußgängern und Radfahrern, weil diese nicht mit abbiegenden Autos rechnen. Besonders Kinder und Sehbehinderte sind gefährdet.

Wegen der Unfallgefahr sind Grünpfeile laut StVO an diesen Kreuzungen grundsätzlich nicht zugelassen:

- Kreuzungen, die oft von Seh- und Gehbehinderten genutzt werden
- Kreuzungen mit Radverkehr in beide Richtungen
- Kreuzungen, die von Schulweg gekreuzt werden
- Kreuzungen mit Lichtzeichen in Fahrtrichtung
- Kreuzungen mit Schienenverkehr
- Kreuzungen mit mehreren Fahrstreifen für Rechtsabbieger

Bezugnehmend auf den beispielhaft aufgeführten Knotenpunkt Kurt-Schumacher-Straße/Friedrich-Ebert-Straße ist hier anzumerken, dass vor Ort kein separater Rechtsabbieger vorhanden ist und unter das Ausschlusskriterium des kreuzenden Schulweges fällt.

**Gegenstand: Grüner Pfeil für Radfahrende;
gemeinsamer Antrag der Stadtratsfraktionen CDU,
Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 24.05.2020**
[Vorlage: 0341/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Dr. Moser, der auf die neue StVO Bezug nimmt. Die Kooperation hat im Antragsschreiben bereits verschiedene Vorschläge für Radfahrende ausgearbeitet.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann erläutert, dass zwar zum 28.04.2020 mit der neuen StVO-Änderung die Möglichkeit für die Anordnung eines „Grünpfeils nur für Radfahrer“ geschaffen wurde, allerdings fehlt es hier derzeit noch an den notwendigen Ausführungsvorschriften / Verwaltungsvorschriften, aus denen die Anordnungsvoraussetzungen bzw. Ausschlusskriterien hervor gehen.

Sobald diese Ausführungsvorschriften / Verwaltungsvorschriften vorliegen, wird die Verwaltung die notwendigen Akteure zu einer gemeinsamen Verkehrsschau zusammenrufen und das Stadtgebiet auf mögliche Einrichtungen überprüfen. Über das Ergebnis wird dann zu gegebener Zeit im Verkehrsausschuss berichtet.

Die Vorsitzende verweist auf einen Ortstermin mit der Verkehrsdezernentin, dessen Ergebnis anschließend in den Verkehrsausschuss zur Beratung verwiesen werden kann.

Herr Ableiter erinnert daran, dass die Bedenken, die für den Autoverkehr gelten, auch für den Radfahrverkehr zu beachten sind; als kritisches Beispiel nennt er die Einmündung des Nußbaumweges in die Waldseer Straße, die auch im Antrag genannt ist.

Aus Sicht von Frau Dr. Mang-Schäfer sollte über den Antrag beschlossen werden. Einzelne Kreuzungen können im Ausschuss beraten werden, der grundsätzliche Beschluss kann aber schon heute fallen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: WG Schneider):

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Kreuzungen in Speyer zu prüfen und dort wo möglich, mit grünen Pfeilen nur für Radfahrende auszustatten.

Über das Prüfungsergebnis ist dem Verkehrsausschuss zu berichten; dieser entscheidet auch abschließend über die Standorte möglicher Grünpfeile.

**Gegenstand: Gesundheitliche Versorgung und Pflege;
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.06.2020
[Vorlage: 0342/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Bürgermeisterin Kabs beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.): *Geht die Verwaltung davon aus, dass die Angebote zur Tagespflege, zur kurzzeitigen stationären Pflege in Zukunft weiter ausgebaut werden müssen?*

Aufgrund der angekündigten Schließung der Tagespflege „Haus Lichtblick“ zum Jahresende geht die Verwaltung von einem weiteren Bedarf in der Tagespflege aus. Es werden hier 15 Plätze in der Tagespflege wegfallen. In der Kurzzeitpflege fehlen aktuell bereits Plätze in Speyer. Dieses Angebot muss aus Sicht der Verwaltung ausgebaut werden.

zu Frage 2.): *Sieht die Verwaltung einen weiteren Bedarf an Alten- und Pflegeheimen in Speyer?*

Aktuell sieht die Verwaltung keinen weiteren Bedarf an stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen in Speyer.

zu Frage 3.): *Falls ja, welche Kapazitäten werden benötigt?*

Siehe Antwort zu 2.

zu Frage 4.): *Wie ist die Einschätzung der Verwaltung zum Bedarf an weiteren Service Wohnungen für Senioren, gekoppelt an ein Alten- und Pflegeheim?*

Die Verwaltung sieht einen aktuell weiteren Bedarf an Service Wohnungen für Senioren/innen. Diese Wohnungen müssen nicht zwingend an ein Alten- oder Pflegeheim gekoppelt werden, allerdings sollten diese Wohnungen auch für Sozialleistungsempfänger finanzierbar sein. Ebenso sieht die Verwaltung einen Bedarf an alternativen Wohnformen für Senioren/innen wie z.B. ambulant betreute Wohngruppen. Hier gibt es noch überhaupt kein Angebot in Speyer.

zu Frage 5.): *Gibt es für diese Maßnahmen freie Flächen in Speyer, wo solche Angebote entstehen könnten?*

Grundsätzlich ist das Thema Bauland in Speyer ein schwieriges. Entsprechende Angebote können im Zusammenhang mit dem Wohnraumentwicklungskonzept der Stadt umgesetzt werden. Exemplarisch wären zu nennen: Pionierquartier, Stiftungskrankenhaus oder ehem. Kaserne Normand.

**Gegenstand: Schmierereien an der Gedenkhalle;
Anfrage der Wählergruppe Schneider vom 07.06.2020
[Vorlage: 0343/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

zu Frage 1.): Sind die Schmierereien/Sachbeschädigungen bei der Stadtverwaltung bekannt?

Die Schmierereien sind bekannt, allerdings ist die Stadt nicht Eigentümerin der Antikenhalle. Das Flurstück samt Bebauung gehört alleinig der Dompfarrkirchenstiftung.

zu Frage 2.): Wurde bei der Polizei seitens der Stadtverwaltung Strafanzeige erstattet?

Es wurde Strafanzeige gegen unbekannt unter Hinweis auf die Eigentumsverhältnisse gestellt. Anzeigeberechtigt ist gesetzlich allerdings jedermann, auch das anfragende Ratsmitglied.

zu Frage 3.): Sind bereits Maßnahmen fest eingeplant, um die Schmierereien zu beseitigen und wenn ja, bis wann wird dies geschehen?

Nein, da die Stadt nicht Eigentümerin ist

zu Frage 4.): Für den Fall, daß bisher keine konkreten Maßnahmen geplant sind: Gibt der Stadtvorstand seine Zustimmung, daß die Wählergruppe Schneider in Eigenleistung die Schmierereien überstreicht, um das einer Gedenkhalle würdige Erscheinungsbild baldmöglichst wieder herzustellen?

Dies müsste das anfragende Ratsmitglied mit der Eigentümerin direkt klären; die Stadtverwaltung ist dazu mangels Eigentümereigenschaft nicht befugt.

zu Frage 5.): Wird der Stadtvorstand, seine engen Beziehungen zu den regionalen, linksextremistischen Akteuren nutzen und darauf einwirken, daß zumindest von deren Seite solcherlei Sachbeschädigungen bzw. Schmierereien zukünftig unterbleiben?

Es ist nicht nachvollziehbar, welche Beziehungen hier gemeint sind bzw. unterstellt werden sollen.

Ergänzend trägt Herr Schneider dazu vor, dass in den Schriften des Bündnisses für Demokratie und Zivilcourage als Impressumgeber neben dem Stadtvorstand auch die Antifa gelistet ist; diese werde im Verfassungsschutzbericht erwähnt und vom aktuellen Präsidenten der USA als Terrororganisation eingestuft.

Gegenstand: Sachstandsbericht Corona-Maßnahmen

Die Vorsitzende berichtet darüber, dass Stand heute keine neuen Fälle registriert sind. Status quo sind derzeit 7 Infizierte, man steht in engem Kontakt mit dem Gesundheitsamt. Insoweit korrigiert sie auch die in der Presse veröffentlichte Zahl von 10 Neuinfektionen.

Corona-Ambulanz und Abstrichzentrum sind derzeit wegen der niedrigen Zahlen geschlossen. Sie dankt allen Helferinnen und Helfer sowie Frau Dr. Montero Muth. Ebenso geht ein Dankeschön an das DRK, alle Ehrenamtlichen und Herrn Dr. Wresch, der eigentlich schon im Ruhestand weilt.

Auch die Ambulanz im ehemaligen Stiftungs Krankenhaus ist aktuell deaktiviert, bleibt aber erhalten, weil dort keine anderweitigen Kapazitäten beeinträchtigt werden. Die Entwicklung nach der Sommerpause wird man beobachten müssen. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hat zur Öffnung des Bademaxx beraten und dabei auch den Blick auf die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerichtet.

Vom Corona-Budget des Landes sind aktuell noch rund 900.000 € verfügbar. Die Stadt geht also mit Bedacht mit den Geldern um und hätte sich gewünscht, diese Landesmittel lieber unter anderen Vorzeichen zu erhalten.

Zum vom Rat beschlossenen, örtlichen Soforthilfeprogramm liegen folgende Antragszahlen vor:

- | | |
|---|------------------------------------|
| • Hol-, Bring- oder Lieferdienste | 8 |
| • Vereine aus Sport, Kultur und Soziales | 3 |
| • Zivil- und Bevölkerungsschutz (DRK, DLRG, etc.) | 5 |
| • SEG, PRAVO, Hilfsorganisationen | 2 |
| • Sommer-/Ferienangebote, JuFö | 3 |
| • Handlungsfeld häusliche Gewalt | 2 |
| • Vereine/Initiativen freie Kulturszene | 2 |
| • Digitale Projekte (Kultur, Sport, Medien) | 3 |
| • Stadtmarketing/Belebung Handel | - |
| • Inhabergeführte Geschäfte, Schausteller | 30 (Budget hier nicht ausreichend) |
| • Härtefälle | 2 |

Der Stadtvorstand wird sich hierzu weiter beraten. Großveranstaltungen bleiben weiterhin ausgesetzt, weshalb Speyerer Schaustellerbetriebe bei Antragstellung priorisiert behandelt werden. Weitere Vorschläge können an Messen und Märkte gerichtet werden.

Sie informiert über einen FDP-Antrag mit Blick in Richtung Weihnachten, der auch ausgelegt wurde und in der kommenden Sitzung beraten wird. Für Herbst und Winter hofft man auf neue Perspektiven. Möglicherweise muss auch über andere Konzepte, z.B. dezentrale kleine Märkte oder kreative neue Angebote zur Unterstützung der Schausteller nachgedacht werden.

Zu Schulen und Kindertagesstätten berichtet Frau BM Kabs, wie bereits im Jugendhilfeausschuss: ab 01.08. werden die Angebote wieder hochfahren, problematisch bleiben Risikopersonen als Erzieherinnen und Erzieher in städt. Einrichtungen. Sicher ist auch, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Man steht in engem Austausch mit den freien Trägern. Für manche Kinder wird es eine zweite Eingewöhnungsphase geben müssen. Die städtischen Einrichtungen haben keine Sommerpause und keine komplette

Schließzeit, um die Eltern zu entlasten. Ihr Dank geht an die Mitarbeiterschaft und die Abteilungsleitung.

Bei den Schulen ist die Lage ähnlich, allerdings sind diese Sache des Landes. Es finden Begehungen aller Schulen mit der Abteilungsleitung statt. Einige Schulen werden eine Sommerschule anbieten, was die Schulen einzeln vorbereiten. Die dieses Jahr nicht stattfindende Walderholung wird durch dezentrale Angebote im Stadtgebiet ersetzt. Hierzu erfolgt aber kein Sammeltransport. Sie weist erneut auf das stark nachgefragte Kettcar-Angebot hin

Aus dem Bereich der Ordnungsbehörde teilt Frau Münch-Weinmann mit, dass immer neue Landesverordnungen viel Arbeit für den Ordnungsdienst bedeuten, auch in der Unterstützung der Gewerbetreibenden. Im Bürgerbüro I funktioniert die Arbeit mit Terminvergabe wegen des hohen Aufkommens nicht mehr, weshalb ab 01.07. wieder Regelbetrieb herrscht, was dann aber evtl. zur Schlangenbildung führen kann. Sie bittet um Verständnis, wenn die Bürgerbüros derzeit nicht immer telefonisch erreichbar sind.

Herr Oehlmann referiert kurz zur zeitlichen Verzögerung des Weihnachtsmarkt-Antrages, der als Möglichkeit der Kompensation für die Marktbesucher gedacht ist. Da der Markt nicht in der gewohnten Form stattfinden kann, wäre durch die Verlängerung eine Entzerrung möglich. Die anderen Fraktionen werden um Meinungsbildung und Unterstützung gebeten.

Herr Ableiter bedankt sich für den starken Ausbau der Sommerbetreuung auch durch kirchliche Einrichtungen. Er schlägt vor, Erziehungskräfte, die als Risikopersonen nicht zur Arbeit dürfen, für den Beratungsbedarf der Eltern im Telefondienst einzusetzen. Dies wird laut Vorsitzender auf Empfehlung durch die Betriebsärztin schon so gehandhabt.

Herr Dr. Wilke spricht von gehaltvollen Informationen. Daneben lobt er an den Fuhrpark und die Hausverwalter für die Sitzungsorganisation. Der FDP-Antrag findet Unterstützung durch die CDU. Er fordert nochmals, dabei auf Standgebühren zu verzichten und die Kosten für „Altpörtel in Flammen“ durch die Stadt zu übernehmen. Hinsichtlich des Soforthilfeprogramms hatte er durchaus noch mehr Anträge erwartet. Die Zuwendung des Landes beträgt 25 € pro Einwohner ohne bestimmte Voraussetzungen. Thematisiert werden auch die Einbußen im städtischen Haushalt, die laut Städtetag bei der Gewerbesteuer 20-25 % betragen werden. Nach der Sommerpause sollte man über ein neues Programm nachdenken.

Frau Dr. Montero Muth richtet den Dank der Ärzteschaft an die OB für die unkomplizierte Unterstützung, nicht nur für Speyer sondern auch für die Umlandgemeinden. Kritisch sieht sie die Schülerbeförderung in Winterzeiten wegen der Einhaltung der Abstände. Sie hinterfragt höhere Transportkapazitäten. Laut Frau BM Kabs führen schon jetzt gestaffelte Unterrichtszeiten zur Entzerrung der Schülerströme. Das Thema liegt nicht alleine in der Hand der Stadt Speyer und wird mit den Umlandgemeinden angegangen.

Herr Feinler thematisiert den Badebetrieb an Naturgewässern und die Corona-Kontrollen durch den Vollzugsdienst. Frau Münch-Weinmann erläutert, die Badeseen seien in der Landesverordnung erfasst, aber nicht alle verschiedenen Typen offener Gewässer. Der KVD sei unterwegs, wo Bedarf besteht; dieser wird in wöchentlichen Besprechungen festgelegt. Von den Bürgerinnen und Bürgern ist auch Eigenschutz/-verantwortlichkeit gefordert.

Herr Stickl möchte zum Sofortprogramm im Kulturbereich wissen, wie die Zusammensetzung bei der Antragstellung ist, wo diese einsehbar sei und ob das Budget ausgeschöpft wurde. Diese Information wird laut Vorsitzender über das Ratsinfo-System

zum TOP kommuniziert. Hinsichtlich Speyer-Kultursupport berichtet Frau BM Kabs, die sich sehr positiv über die ad hoc-Maßnahme äußert. Es wurden ca. 40 Anträge auf Soforthilfe

/ 3

positiv bewilligt. Die Auftritte in der Stadthalle werden vergütet. Auch an den Wochenenden und in der digitalen Kult(o)urnacht war eine sehr gute Frequentierung des Angebotes zu beobachten. 28.000 € sind noch verfügbar, man denke über ähnliche Angebote nach der Sommerpause nach.

Auch Frau Dr. Mang-Schäfer richtet Ihren Dank an die Verwaltung. Sie regt an, über ein Domgartenangebot für Schausteller und Kulturschaffende sowie über eine digitale Erfassung von Besucherströmen über ein Ticketsystem nachzudenken. Dabei handelt es sich nicht um ein Problem der Topografie, sondern der Rahmenbedingungen, da viele Besucher auch aus dem Umland kommen. Hierzu bedarf es einer Konzepterarbeitung, ähnlich dem Beispiel Mainz.

Herr Wagner berichtet, dass der Kulturmensch Wagner als Abgeordneter Wagner die Existenzangst von Kulturschaffenden im Land erlebt. Künstlerinnen und Künstler haben dieses Leben gewählt, bei dem man nicht viel verdient, sich aber präsentieren kann. Speyer-Kultursupport wird nach seiner Ansicht landesweit wahrgenommen. Hinsichtlich der Überwachung der Badeseen erwartet er Schwierigkeiten, trotz guter Kontakte der DLRG zur Stadtspitze.

Als positive Nachricht vermeldet die Vorsitzende abschließend, dass das Musikfest stattfindet. Auch die erste Ausstellungseröffnung nach dem „Shutdown“ konnte durchgeführt werden. Der kulturelle Alltag komme schrittchenweise zurück.

**Gegenstand: Partizipationsleitfaden für die Stadt Speyer - Kurzzusammenfassung
Umfrageergebnis + Bürgerworkshop
[Vorlage: 0348/2020](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Zusammenarbeit mit Universität, die Historie des Verfahrens und den Bürgerworkshop. Der Prozess wurde durch Corona unterbrochen. Ziel der Vorlage ist es, den Faden für mehr Bürgerbeteiligung zusammen mit Uni wieder aufzugreifen, der auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung wichtig ist. Gewünscht ist der Auftrag durch den Rat, um den weiteren Weg dahin zu unterstützen.

Frau Beigeordnete Selg unterstreicht, die Onlinebefragung habe ergeben, dass 76 % der Befragten mehr Onlineverfahren wünschen. Es müssen gute Strukturen erarbeitet werden, wo Onlineverfahren sinnvoll sind. Die Verwaltung hat in der Corona-Zeit starke Bemühungen zur digitalen Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unternommen: dabei sind kurzfristig 20 neue Telearbeitsplätze entstanden; bis Ende des Jahres ist eine weitere Verdoppelung geplant. Allerdings hängt diese Entwicklung, die es nicht zum Nulltarif gibt, auch von den personellen, technischen und finanziellen Ressourcen ab.

Die AfD fordert laut Herrn Haupt schon lange mehr direkte Demokratie und hofft dass ein positiver Beschluss gefasst wird. Soweit dabei ein breiter Meinungskorridor zugelassen wird, kann die Vorlage auch unterstützt werden.

Herr Schneider wendet ein, dass bei 51.000 Einwohnern gerade 400 Personen teilgenommen hätten, das sind weniger als 1 %. Er sieht die Transparenz auf der Webseite speyer.de sehr gut aufgestellt. Das Angebot der Einwohnerfragestunde im Rat wird wenig angenommen. Er möchte daher vor Beschlussfassung wissen, welche Ressourcen dafür benötigt werden und ob die normale Verwaltungsarbeit dadurch beeinträchtigt wird. Laut Vorsitzender wird die Strategie bereits verfolgt, insbesondere bei besonderen Vorhaben wie dem aktuell nochmals abgesetzten TOP der Fußgängerbrücke über die B 39. Ziel sind breit aufgestellte Demokratiemöglichkeiten.

Frau Keller-Mehlem erkundigt sich nach der Quote Männer-Frauen bei den Telearbeitsplätzen. Diese werden laut Vorsitzender überwiegend von Frauen genutzt, derzeit gibt es nur einen männlichen Nutzer.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt einstimmig, die Verwaltung auf Grundlage der durch die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer (DUV) erhobenen Ergebnisse einer Online-Umfrage und eines Bürgerworkshops zum Thema Bürgerbeteiligung mit der Erstellung eines Partizipationsleitfadens zu beauftragen.

Gegenstand: **Aufgabenübertragung VOIS / MESO;**
hier Zweckvereinbarung mit dem Zweckverband für Informations-
technologie und Datenverarbeitung in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)
[Vorlage: 0340/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Moser hat mehrere Fragen zur Übergabe des Meldewesens an den ZIDKOR. So möchte er wissen, für welchen Zeitraum die 60.000 € bestimmt sind, ob weitere laufende Kosten entstehen, welches Spektrum die Übertragung umfasst, welches Personal dafür eingesetzt wird, welche Leistungen digital abrufbar sind und ob der elektronische Personalausweis dabei unterstützt wird. Er sieht eine Zustimmung heute eher problematisch, weil das Leistungsverzeichnis noch nicht definiert ist.

Laut Frau Beigeordneter Selg geht es um die revisionssichere, einheitliche Verwaltung der Einwohnermeldedaten bei den kreisfreien Städten. Der Ansatz deckt die jährlichen Kosten. Alternativ müssten 2 Mitarbeiter*innen bei der Stadt dafür beschäftigt und ein immenser technischer Sicherheitsaufwand betrieben werden. Sofern gewünscht, kann vertiefend im Digitalausschuss darüber berichtet werden.

Herr Ableiter sieht in der Kooperation einen wichtigen Beitrag dazu, den digitalen Rückstand Deutschlands aufzuholen. Der ZIDKOR ist für ihn der Einstieg in die bürgerfreundliche digitale Verwaltung.

Herr Haupt dagegen sieht auch immense Risiken in einer zentralisierten Datenvorhaltung und verweist dabei auf Erfahrungen aus Schweden. Viele möchten nicht zum gläsernen Bürger werden. Daher kündigt er Ablehnung durch die AfD an.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, WG Schneider):

Der Übertragung der Aufgabe „Öffentlich – rechtlicher Betrieb der zentralen IT-Plattform „VOIS“ für den Betrieb des landeseinheitlichen Fachverfahrens Meldewesens an den ZIDKOR (Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung in Rheinland-Pfalz) wird zugestimmt.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

**Gegenstand: Baulandentwicklung auf den städtischen Grundstücken Normand
(Sportplatz und ehemaliges Versickerungsbecken)**
[Vorlage: 0315/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende verweist auf die ausführliche Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion. Es soll ein Ortstermin im Sommer stattfinden. Geprüft werden soll auch die Verwertung von Aufschüttungsmaterial aus der BRS Bauschuttrecycling zur Senkung der Erschließungskosten.

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Gegenstand: **Bebauungsplan 035 D „Brücke am Priesterseminar“**
hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB, Beschluss zur
frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB
und zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
[Vorlage: 0317/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende informiert, dass Punkt 2 der ursprünglichen Beschlussempfehlung nach ausführlicher Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion herausgenommen wurde, weil noch Informationsbedarf besteht, insbesondere wegen der vorgesehenen Steigung der Brücke.

Herr Ableiter führt an, dass einige Parteien nicht im Ausschuss vertreten sind, weshalb er doch um einen Bericht der Dezernentin bittet, was dazu geführt hat, dass eine Mehrheit mit Bedenken gegen die Vorlage votiert hat. Die Vorsitzende erläutert, dass insbesondere dieser Entwurf eine Steigung der Brücke von 4 % gegenüber 3 % bei den anderen Entwürfen vorsieht. Die Auswirkungen sollen bei einem Ortstermin im Sommer erörtert werden; außerdem wird eine Stellungnahme der Behindertenbeauftragten eingeholt.

Herr Czerny hinterfragt erneut, was dieser Steg für die Verkehrsanbindung gegenüber einer Optimierung der bereits bestehenden Anbindung durch die Unterführung bringt. Er bringt seine Bedenken zum Ausdruck und plädiert für eine kostengünstigere Lösung. Die Vorsitzende verweist auf die sehr intensive Bürgerbeteiligung im Projekt Soziale Stadt; dort war diese Querung ein besonderes Bedürfnis der beteiligten Bürgerinnen und Bürger.

Herr Dr. Moser thematisiert die Breite der Querung auch für den Radverkehr und möchte wissen, warum künstliche Verengungen vorgesehen sind, obwohl der Platz für durchgängig 4 m Breite vorhanden wäre. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Frau Mitsch weist darauf hin, in ihrer Funktion als Beauftragte für Menschen mit Behinderungen noch keine Unterlagen der Stadt erhalten zu haben.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: Fraktion B90/Grüne):

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 035 D "Brücke am Priesterseminar". Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend abgegrenzt.
2. Der Bebauungsplan 035 D „Brücke am Priesterseminar“ soll die rechtskräftigen Bebauungspläne 035 C "Am Priesterseminar" und 059 A „Kaserne Normand - Teilbebauungsplan Anschluss B39“ in diesem Teilbereich ersetzen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden/TÖB gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auf Grundlage der vorliegenden Entwürfe durchzuführen und anschließend einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten.

Gegenstand: Umgestaltung Platz der Stadt Ravenna
[Vorlage: 0318/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die umfassende Vorberatung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion.

Herr Czerny möchte trotzdem noch zwei Anpassungen anregen. Erstens sollten zwei PKW-Parkplätze zu Gunsten von mehr Rad-Stellplätzen weggenommen werden. Außerdem soll das Projekt „Essbare Stadt“ integriert werden. Die Vorsitzende verweist auf Seite 2 der Vorlage, wonach bereits 2 E-Ladestationen und 6 Bügel zusätzlich ergänzt wurden; auch die „Essbare Stadt“ hat dort Eingang gefunden. Der Fachausschuss hat dem Konzept zugestimmt.

Herr Ableiter spricht von einer wichtigen Entscheidung für den Stadtteil und einem ausgewogenen Entwurf. Er sieht vorerst keinen Bedarf für weitere Radstellplätze, die jederzeit nachrüstbar wären.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Umbau des Platzes der Stadt Ravenna entsprechend dem vorgelegten Entwurf einstimmig zu (bei 2 Enthaltungen: AfD-Fraktion).

Gegenstand: Landesgartenschau 2026 in Speyer
[Vorlage: 0320/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die SPD hat das Thema laut Herrn Feiniler in den Rat gebracht. Er sieht eine große städtebauliche Perspektive für die nächsten 20-30 Jahre nach der 2000-Jahrfeier in den 1980ern. Die neue Art Landesgartenschau (LAGA) schafft Wohnraum und Gewerbeflächen. Positive Beispiele seien Bingen und Landau. Allerdings muss das Projekt gemeinsam von allen Kräften getragen werden, weshalb er bei allen Fraktionen um Unterstützung wirbt.

Frau Heller erläutert, Bündnis 90/Die Grünen stehen einer LAGA eher kritisch gegenüber. Trotzdem möchte sie eine Anregungen für eine gemeinsame Entscheidung geben. Das Projekt kann Geld bringen, aber auch kosten. Hinsichtlich der Verbesserung der Lebensqualität gibt es viele Negativbeispiele. Sie kritisiert die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen für kurzfristige Zwecke und spricht von einer schlaun Strategie, um das Pionierquartier schnell, vielleicht zu schnell, voranzubringen. Für eine Zustimmung möchten die Grünen in die Beschlussvorlage eine partizipative und ökologische Entwicklung aufgenommen haben. Die Vorsitzende erklärt, dies sei genau die Konzeption, mit der die Bewerbung in Mainz vorgestellt wurde. Sie wirbt um Vertrauen, nicht die schlechten Beispiele als Vorbild zu nehmen. Bürgerbeteiligung soll dabei ein Eckpfeiler sein.

Die FDP unterstützt durch Herrn Oehlmann die Vorlage natürlich. Das Pionierquartier ist aus seiner Sicht etwas ganz großes. Es handelt sich um 2 Projekte, die viel Input brauchen. Er sieht eine tolle Chance für die Entwicklung der Stadt und signalisiert Zustimmung, allerdings verbunden mit der Forderung, dass die LAGA keine negativen Auswirkungen für Gewerbeansiedlungen haben darf.

Herr Ableiter bezeichnet sich als prinzipiellen Unterstützer von LAGAs. Allerdings werde genau deren Ziel, eine dauerhafte grüne Oase, in dem Entwurf eben nicht geschaffen. Er erkennt eine massive und brutale Versiegelung von Grünflächen des bisherigen Kasernengeländes. Auch in Landau war es so, dass zuerst teuer begrünt und danach die Hälfte wieder teuer versiegelt wurde. Der Stadtteil bekomme nichts als Versiegelung und auch kein Nahversorgungszentrum. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um ein ledigliches Rohkonzept handelt; man stehe ganz am Anfang des Entscheidungsprozesses.

Nach Auffassung von Herrn Haupt es ist legitim, ein solches Prestigeprojekt nicht zu mögen und kein Geld dafür auszugeben. Das Land habe auch an anderer Stelle schon Millionen versenkt. Corona wird die Stadt noch Jahre beschäftigen und die Ordnungsbehörde sei schon jetzt überlastet. Die AfD wird die Bewerbung nicht unterstützen.

Die CDU war aus Sicht von Herrn Dr. Wilke von Anfang an Befürworterin des Projektes. Anfängliche Kritikpunkte wegen der Abfahrt wurden ausgeräumt, weshalb seine Fraktion zustimmen wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 6 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, BGS, WG Schneider, Teile B90/Grüne und 2 Enthaltungen: B90/Grüne):

1. Die Stadt Speyer beschließt, sich am Bewerbungsverfahren für eine Landesgartenschau 2026 in Speyer zu beteiligen.
2. Erhält die Stadt Speyer den Zuschlag des Landes Rheinland-Pfalz zur Durchführung der Landesgartenschau 2026, so verpflichtet sich diese mit dem hier gefassten Beschluss auch zur Umsetzung der Landesgartenschau.

Gegenstand: Einrichtung von Pollern im Bereich der Maximilianstraße
[Vorlage: 0321/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Heller sieht in dem Verwaltungsvorschlag keinen Anreiz, den Autoverkehr aus der Innenstadt zu Gunsten des Rad- und Fußgängerverkehrs fernzuhalten. Sie regt eine Einsparung der Poller am Altpörtel und Domvorplatz an, wenn diese ohnehin meistens unten sind. Die Vorsitzende unterstreicht das Ziel einer Pollerangleichung innerhalb des Stadtgebietes. Bei der Veranstaltungsdichte, die in Speyer üblicherweise herrscht, lohnt sich die Einrichtung der Poller gegenüber der Stelenlösung, die jedes Mal durch den Baubetriebshof von Hand und mit sehr hohem Aufwand realisiert werden muss. Die Kosten für echte „Terrorabwehropoller“ stehen in keinem Verhältnis; die vorgeschlagene Variante ist aber ausreichend für das Sicherheitskonzept.

Herr Popescu zitiert: je Poller desto doller. Die Linksfraktion ist davon nicht zu überzeugen. Er sieht auch keinen räumlichen Vergleich zu den Verhältnissen am Breitscheidplatz in Berlin. Die Lösung behindert eher den Rettungsdienst als dass sie jemanden schützt. Für das Geld sollte eher Personal eingestellt werden, das den Verkehr auf der Maximilianstraße kontrolliert. Die Vorsitzende erwidert, die Kontrolle des fließenden Verkehrs liegt im Zuständigkeitsbereich der Polizei und nicht bei der Stadt. Die Sperren sind notwendig für Sicherheitskonzepte bei Veranstaltungen. Man kann gerne die Geschäftsleute z.B. in der Roßmarktstraße über die Notwendigkeit solcher Sperremaßnahmen befragen.

Herr Haupt bezeichnet es als guten Vorschlag, auf einen Teil der Poller zu verzichten. Auch eine erhöhte Kontrolltätigkeit wird seitens der AfD befürwortet; dazu müsse man dann evtl. mit der Polizei sprechen. Andere Lösungen, wie z.B. in Mainz, sind deutlich kostengünstiger.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 7 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, BGS, WG Schneider, Teile B90/Grüne und 3 Enthaltungen: Teile B90/Grüne) die in der Vorlage dargestellten Pollerstandorte und deren Ausführung.

Gegenstand: Zuwendungsbescheide für Investitionszuschüsse der Stadt Speyer an das Historische Museum der Pfalz
[Vorlage: 0337/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende erinnert an die Historie der Entwicklung und den anschaulichen Vortrag von Theo Wieder (Bezirkstag Pfalz) vor dem Rat im vergangenen Jahr. Es geht nun um das Aufgreifen der bürokratischen Wege.

Herr Wagner spricht von einer unendlichen Geschichte seit 2011. Überall im Anbau sei Schimmel durch eindringendes Regenwasser; die Räume werden zweckentfremdet. Es herrsche ein unüberschaubarer Zuständigkeitswirrwarr, bei dem von Landesseite bereits bearbeitete Anträge wieder für obsolet erklärt wurden. Daher sei ein Koordinator als Ansprechpartner unerlässlich. Das Land hat eine solche Stelle wohl abgelehnt. Er richtet einen dringenden Appell an alle Beteiligten. Die Vorsitzende erläutert, es sei im städtischen Haushalt eine zusätzliche Stelle dafür vorgesehen. Außerdem sind unter den Anwesenden 3 Vertreterinnen im Bezirkstag.

Herr Ableiter spricht von einer Stadt mit einer großen Geschichte und ist erschütternd, dass ein erheblicher Teil der Ausstellungsfläche nicht zur Verfügung steht, während für die kurzfristige Blase einer Landesgartenschau Millionen fließen sollen. Er spricht sich daher für eine umfassende und solide Lösung beim Museum aus.

Herr Stickl unterstreicht, dass die Grünen den Antrag als wichtigen Beitrag für die Region von Herzen unterstützen. Auch für die Vorsitzende hat das Historische Museum der Pfalz den Rang eines Landesmuseums.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Inhalt, Erlass und Vollzug der beigelegten Zuwendungsbescheide an das Historische Museum Speyer für Investitionen am Erweiterungsbau einstimmig zu.

1. Der erste Bescheid beinhaltet die bereits durchgeführten Vorwegmaßnahmen und einen Zuschussbetrag in Höhe von 62.334,- €. Dieser Betrag beinhaltet einen Förderhöchstbetrag des Landes in Höhe von 60% = 38.000,- €.
2. Der zweite Bescheid beinhaltet die Vorbereitungsmaßnahmen zur Sanierung und einen Zuschussbetrag in Höhe von 316.460,- €. Dieser Betrag beinhaltet einen Förderhöchstbetrag des Landes in Höhe von 60% = 190.000,- €.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Prüfung der Erfüllung der Haupt- und Nebenbestimmungen der Bescheide, die Finanzmittel in der jeweils förderfähigen Höhe auszubezahlen.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Umbesetzungsvorschläge liegen nicht vor.

SWS und AfD müssen noch Nachfolgekandidatinnen und -kandidaten für die ausgeschiedenen Ratsmitglieder benennen.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
[Vorlage: 0339/2020](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Haupt- und Stiftungsausschuss im Ferienzeitraum (06.07.2020 bis 14.08.2020) zu ermächtigen, Entscheidungen zu treffen, die an sich dem Stadtrat vorbehalten sind.

Gegenstand: Verschiedenes

Herr Haupt möchte zu einem Vorfall in Otterstadt, bei dem es zur sexuellen Belästigung von 15 Frauen durch betrunkene Asylbewerber aus der Erstaufnahmeeinrichtung Speyer gekommen sei, eine Erklärung abgeben.

Auf die Feststellung der Vorsitzenden, dies sei keine Angelegenheit des Stadtrates Speyer erwidert Herr Haupt, es habe in Speyer-Nord 266 nachgewiesene Straftaten durch Bewohner der Einrichtung gegeben, die Stadtpolitik unternehme nichts und habe einen entsprechenden Antrag der AfD abgelehnt. Die Vorsitzende wiederholt, dass die Ahndung und Verhinderung von Straftaten nicht Sache der Stadtverwaltung ist und entzieht Herrn Haupt wegen der Verbreitung von Vermutungen und Halbwahrheiten das Wort. Dieser insistiert darauf, dass „kleine Anfragen im Landtag“ zulässig seien.

Herr Popescu kündigt eine Eingabe der Linken für den nächsten Ältestenrat an, den Punkt „Verschiedenes“ von der Tagesordnung des Rates zu streichen und durch „Informationen der Verwaltung“ zu ersetzen, wenn dieser weiterhin als Bühne für rechtsradikale Hetze missbraucht wird.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20.1

Gegenstand: Modellprojekt „Erschwingliches Wohnen für Familien“

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt aufgrund der kalkulierten Kosten, mit denen die anvisierte Zielgruppe nicht erreicht wird mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen), dass die Verwaltung das Modellprojekt „Erschwingliches Wohnen für Familien“ am Standort Mausbergweg in dieser Form nicht mehr weiterführt.

11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 18.06.2020



11. Sitzung des Stadtrates 18.06.2020 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!